

Umsatzsteuer für die Nutzungsüberlassung von Sportanlagen

Gemäß dem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen betreffend die umsatzsteuerliche Behandlung der Nutzungsüberlassung von Sportanlagen vom 17.4.2003, in: BStBl 2003 S. 279 ff, stellt die Nutzungsüberlassung von Sportanlagen an Endverbraucher durch gemeinnützige Sportvereine eine einheitliche steuerpflichtige Leistung dar, die dem ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 v.H. unterliegt, sofern sie an Mitglieder ausgeführt wird, und dem allgemeinen Steuersatz unterliegt, sofern sie an Nichtmitglieder ausgeführt wird. Dagegen hat der Bundesfinanzhof in seinem Urteil vom 3.4.2008 erkannt, dass eine solche Nutzungsüberlassung durch einen gemeinnützigen Sportverein an Mitglieder und auch an Nichtmitglieder umsatzsteuerfrei ist, sofern sie dem Kernbereich des Sportvereins zuzurechnen ist, dessen Tätigkeiten für die Ausübung des Sports unerlässlich sind.

Dieses Urteil hat für gemeinnützige Sportvereine erhebliche Auswirkungen. Vereine, deren Nutzungsüberlassung von Sportanlagen an Mitglieder oder Nichtmitglieder bisher umsatzversteuert wurden, können bei verfahrensrechtlicher Zulässigkeit auch für vergangene Veranlagungszeiträume nachträglich die Umsatzsteuerfreiheit der Nutzungsüberlassung beantragen, was regelmäßig nur zweckmäßig ist, wenn der Zeitraum für die Berichtigung des Vorsteuerabzugs gemäß § 15a Abs. 1 UStG bereits abgelaufen ist. Vereine, für die der genannte Berichtigungszeitraum noch nicht abgelaufen ist, müssen für den verbleibenden Berichtigungszeitraum zu ihrem Nachteil mit einer Berichtigung der Vorsteuer rechnen, wenn die bisher umsatzsteuerpflichtige Nutzungsüberlassung zukünftig umsatzsteuerfrei erfolgt. Vereine, die gegenwärtig die Errichtung oder umfangreiche Instandhaltung von Sportanlagen durchführen oder planen, sind der Unsicherheit über die Zulässigkeit des Vorsteuerabzugs oder über die Berichtigung eines vorgenommenen Vorsteuerabzugs ausgesetzt.

Eine Änderung des zu Beginn erwähnten Schreibens ist bisher noch nicht erfolgt, ist aber in Vorbereitung. Bis dahin wird die bestehende Rechtsunsicherheit noch andauern.